



Motion Spring Laura und Mit. über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer

eröffnet am 20. März 2023

Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine Kantonsinitiative zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer im Sinne einer Abschöpfung der Übergewinne einzureichen, welche die Rohstoffkonzerne auf Grund der gestiegenen Preise gemacht haben.

Begründung:

Im Kanton Luzern sind Firmen ansässig, welche ihre Geschäfte im Bereich des Rohstoffhandels mit Russland abwickeln. So haben auch der Kanton Luzern, und die Schweiz im Allgemeinen, als Rohstoffdrehzscheibe und Zentrum des russischen Finanzkapitals eine grosse Verantwortung in Bezug auf das Kriegsgeschehen.

Mit den Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Energieträger wird dieser Krieg wortwörtlich angeheizt. Es sind Konzerne, die ihre Geschäfte hier in der Schweiz in Zug, Luzern oder Genf abwickeln. Sie streichen dabei aufgrund der Rohstoff-Verknappungen zusätzliche Milliarden ein¹. Die Aufrüstung und die Mitfinanzierung des russischen Regimes aus der Schweiz sind Schulden, die schwer lasten. Deshalb wäre es mehr als nur angemessen, die Kriegsprophite dieser Geschäfte angemessen zu besteuern und sie der Ukraine für den sozialen und ökologischen Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen.

Spring Laura

Bärtsch Korintha

Estermann Rahel

Heeb Jonas

Roth David

Ledergerber Michael

Setz Isenegger Melanie

Brunner Simone

Sager Stephanie

Meier Anja

Horat Bärbel

Stutz Hans

Frey Monique

Koch Hannes

Widmer Reichlin Gisela

Sager Urban

Schneider Andy

Muff Sara

Fässler Peter

Candan Hasan

¹ Medienberichte:

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/glencore-kohle-rausch-bringt-dem-rohstoffkonzern-traumgewinn-ld.1724650>

<https://www.infosperber.ch/wirtschaft/konzerne/rohstoffhaendler-erzielten-riesige-kriegs-und-sanktionsgewinne/>

<https://www.derbund.ch/wie-die-schweizer-staatskasse-vom-ukraine-krieg-profitiert-545673747385>

Zbinden Samuel